Zur

Lage in Böhmen.

Zweite Auflage.

Prag, 1869.
Verlag der J. G. Calve'schen k. k. Univ.-Buchhandlung
Ottomar Beyer.





Bei einer Betrachtung der Situation in Böhmen drängt sich zunächst dem dieselbe objektiv Beobachtenden die Frage auf: Ist die Lage so ernst, daß nach irgend einer Seite hin eine Aenderung eintreten muß, oder ist die Opposition, welche die Lage schafft und beherrscht, eine gemachte und künstliche, welche weder stark genug ist die bestehende Ordnung der Dinge zu stören und deren Fortentwickelung zu hemmen, noch ernst genug, um sie wirklich der Beachtung zu würdigen und sie des Entgegenkommens für werth zu halten?

Weder die Regierung noch die österreichische Presse haben sich bisher diese Cardinalfrage bei der Betrachtung der Lage in Böhmen zur Genüge klar gemacht, wenigstens hat die öffentliche Haltung derselben bisher dem Publikum keinen rechten Begriff der Anschauungen beider Factoren des Staatslebens beibringen können.

Das sich unwillkürlich aufdrängende Raisonnement gipfelt sich kurz und bündig in wenigen Worten: Ist die böhmische Opposition das Werk einiger ehrgeiziger Männer, die ihren Privatinteressen zu Liebe ein ganzes Volk zum Widerstand gegen die Regierung hetzen, die um ihrer selbst

wollen eine Nation zu Dienern der Feudalen und Clericalen zu machen suchen, so gehörten diese wenigen Männer, die eben Nichts wären als Hochverräther, die ohne Stütze in der Bevölkerung persönliche Zwecke verfolgen, auf eine österreichische Festung, um dort darüber nachzudenken, daß man gegen eine vom Kaiser sanctionirte, von den Völkern anerkannte Verfassung nicht agitiren dürfe, um dort mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln darüber belehrt zu werden, daß in constitutionellen Staaten die Auflehnung des Einzelnen gegen die Verfassung eben ein Hochverrath sei; waren diese Oppositionellen aber factisch die Führer einer ganzen Nation, waren wirklich Millionen bereit, für diese Führer einzustehen, so mußte die Regierung die ihr gestellte Alternative erkennen und, wenn sie wirklich die Majorität der Völker hinter sich hatte, die Minorität zu vernichten suchen, oder aber der Opposition entgegenkommen, um mit ihr einen Compromiß zu schließen und ihr den Ausgleich anzutragen.

Die Regierung hat es zwei Jahre lang für gut befunden, sich mit halben Maßregeln durchzuwinden und in der „böhmischen Frage" weder den Standpunkt einer legalen Opposition, noch den einer unberechtigten Agitation gegenüber einzunehmen, d. h. die ganze Regierungspolitik bestand in dem Gehenlassen, wie es eben geht, und erst als die Excesse der Opposition Eigenthum und Leben der Deutschen bedrohten, entschloß sich die Regierung zur Verhängung des Ausnahmszustandes über Prag und die Dependenzen, der, eine einfache polizeiliche Maßregel, auch als solche, nachdem

seine Existenz zwecklos geworden, wieder aufgehoben wurde. Während heute der Minister Giskra jedes Entgegenkommen den Tschechen gegenüber als unmöglich, als geradezu widersinnig bezeichnete, erschien morgen „in Privatangelegenheiten" Sectionschef Vanhans in Prag, um im Auftrag seines Herrn und Meisters sich der Opposition zu nähern und um einen Korb reicher nach Wien zurückzukehren; während der Reichskanzler von den Tschechen zum Ausgleichsapostel befördert wurde und in dieser seiner Eigenschaft den Grafen Taaffe als Collegen erhielt, wichen beide Herren scheu vor jedem Zeitungsartikel der Wiener Blätter zurück, der sie davor warnte, sich in das Ressort des Ministers Giskra zu mischen, der sich wieder für seine Person weder zu einer kräftigen energischen Initiative den Tschechen gegenüber, noch zu einem Annäherungsversuch entschließen konnte. Das Resultat dieser beiderseitigen Thätigkeit war — kein Resultat, d. h. die Lage in Böhmen steht noch unverrückt auf derselben Stelle, wie vor zwei Jahren, und die Regierung scheint noch immer nicht schlüssig geworden, ob die Opposition eine ernste und berechtigte, oder ob sie eine gemachte und nicht beachtungswerthe ist.

Eben so unklar wie die Haltung der Regierung ist die der Presse; während die officiösen und die „unabhängigen" Wiener Blätter heute die Tschechen mit einer reichen Blumenlese von Schimpfworten beehrten und das „Volk von Polizeidienern und Musikanten" in jener zarten und schonenden, jede persönliche Verbitterung ausschließenden Art behandelten, mit der man einst die Magyaren in den Journalen Wien's

tractirte, stritten sie sich täglich und stündlich herum, ob man dieser Opposition nachgeben oder ob man sie zertreten solle, ob sie eine durch eine ganze Nation hervorgerufene Bewegung, oder ob sie das Werk einiger weniger Rädelsführer sei.

Weiß die Wiener Presse, daß sie es eigentlich ist, welche vor den Augen Europa's durch die unausgesetzte Beschäftigung mit derselben „die böhmische Frage" geschaffen, weiß die Wiener Presse, daß sie einen unglaublichen Fehler machte, als sie die persönliche Erbitterung hervorrief, als sie den Charakter einer ganzen Nation fort- und fortwährend verdächtigte? Wenn die Journale der Metropole des Reiches sich bewußt waren, daß die Bewegung in Böhmen gemacht war, so mußten sie einstimmig von der Regierung die rücksichtsloseste Bestrafung der Rädelsführer und Hochverräther fordern, die Sache als solche aber von der Discussion ausschließen; erkannten aber die Wiener Blätter eine Berechtigung, oder aber eine factische Stärke der böhmischen Opposition, so mußten sie, wenn sie patriotisch waren, die Regierung drängen, die Tschechen entweder zu majorisiren oder zu befriedigen. Keines von beiden ist geschehen, jedes Organ derselben Partei befolgt seine eigene Politik und ändert fast täglich seine Ueberzeugung in Betreff der Lage in Böhmen, die bald als tiefgehende Bewegung, bald als Gassenbubenstück oder als das Werk einiger weniger Personen betrachtet wird.

Welcher Art aber ist die tschechische Bewegung? Dieser Frage gilt der erste Theil unserer Besprechung, an die wir

jetzt herantreten, zu deren Beantwortung wir die tschechische Nation und ihre Führer näher betrachten wollen.

Die böhmische Opposition, unleugbar erst seit dem Jahre 1848 in ihrer Schärfe und Stärke hervorgetreten, trägt ihren Charakter einer staatsrechtlichen Opposition seit dem letzten Kriege, seit der Minute, wo die Befriedigung der Ungarn, wenn die Monarchie noch weiter bestehen sollte, zur unabweisbaren Nothwendigkeit wurde. Dem Schmerling'schen Centralisationssystem gegenüber fühlten die Tschechen die Pflicht, zur Erhaltung des Reiches Concessionen zu machen. Während die Magyaren im passiven Widerstand grollten, nahmen die Tschechen ihre Sitze im Reichsrath ein und arbeiteten an der Reorganisation der Monarchie, bis das Belcredi'sche System für sie eine neue Aera zugleich mit der Sistirung der centralistischen Verfassung inaugurirte.

Der letzte Krieg beendigte die sogenannte Sistirungsperiode, die ohne die Slawen der Monarchie zu befriedigen, die Deutschen in die starre Opposition gedrängt hatte, ein Zustand, der erst durch den unter dem Reichskanzler Grafen Beust eingeführten Dualismus, der die Magyaren in ihrer Majorität zufrieden gestellt, der die Deutschen durch die Rückgabe der Verfassung zu treuen Anhängern der Regierung gemacht, ein Ende gesetzt wurde.

In ihrer passiven Opposition blieben seit dem Jahre 1866 nur die Tschechen, deren Führer durch die Reise nach Moskau eine slawische Solidarität der Interessen zu schaffen suchten, die im gleichen Maße, wie sie Rußland zum Schutzherrn der Slawen aufstellte, eine Verbindung aller öster-

reichischen Slawen zu erreichen suchte. Diese Reise, den Tschechenführern oft und hart vorgeworfen, trug wohl ursprünglich nicht jenen Charakter, den man ihr heute gibt, war dies aber der Fall, so hat sie ihren Zweck gründlich verfehlt. Rußland, in klarer Erkenntniß der Situation, welche ihm jede directe Verbindung mit Böhmen für alle Zeiten unmöglich macht, benutzt die Tschechen, so oft und so weit es ihm paßt, zur Beunruhigung der österreichisch-ungarischen Monarchie und sorgt gewiß, daß die offene Wunde am österreichischen Staatskörper so schnell nicht heile, weiter aber geht der russische Beistand sicher nicht; der Zweck aber, die Slawen Oesterreichs zum gemeinsamen Handeln zu bewegen, ist bis heute nicht erreicht, denn bis jetzt sitzen Polen und Slowenen im Reichsrath, während die Kroaten ihren Frieden mit den Magyaren abgeschlossen. Das tschechische Volk aber und wohl auch die Führer desselben, welche Rußland als Schreckbild vorgeführt haben, sind klug genug, um dieses Rußland eben nur als Mittel zum Zweck anzusehen; die böhmische Opposition, das muß ihr jeder noch so erbitterte Gegner zugestehen, hat nie den Charakter der Anhänglichkeit an den Monarchen, der Ergebenheit an den Thron und die Dynastie verloren.

Die Kraft der tschechischen Opposition wurzelt in zwei durch und durch conservativen Elementen, im kleinen Grundbesitz und in dem kleinen Städtebürgerthum, die eben zwei der bedeutendsten Steuerfactoren der Monarchie abgeben. Diese Factoren werden fortwährend bearbeitet durch die tschechische Presse, die Bezirksfecretäre und die Gemeindebeamten, welche

meist direct von den eigentlichen Führern in Prag und in den Landstädten, die zugleich Landtagsabgeordnete sind, instruirt und geleitet werden und die in einer ausgezeichneten Parteidisciplin, von der die deutsche Bevölkerung noch sehr viel lernen könnte, die ihnen gegebenen Befehle eben so pünktlich als geschickt ausführen.

Die Industrie, ausgenommen die landwirthschaftlichen Industrien, als Zuckerfabriken, Brauereien und Brennereien, wie der Handel befinden sich zum größten Theil in den Händen der Deutschen und Juden, welche letztern wohl in Prag den Deutschen und der Regierung ihre Unterstützung leihen, in den Landstädten aber meist von der öffentlichen Meinung, je nachdem diese ist, dominirt werden. Die eigentlichen Führer der Bewegung, trotz aller Fehler, welche die tschechische Partei unleugbar gemacht, durch eine lange politische Carrière tüchtig gebildet und in einer musterhaften Disciplin erzogen, leiten die Bewegung von Prag und haben der Opposition jenes Bündniß mit den Feudalen und dem Clerus octroyirt, das, so verwerflich es sein mag, doch ohne Zweifel dem Widerstand gegen die Regierung eine nachhaltige Unterstützung zugeführt hat. Man darf behaupten, daß heute der ganze Bauernstand, die ganze Bevölkerung der tschechischen Landstädte, vor Allem die aus der Universität zu Prag hervorgegangenen Juristen, Mediciner und Lehrer in allen tschechischen Bezirken des Landes sich in vollster Opposition befinden und daß diese Opposition einen großen Theil des Großgrundbesitzes und fast den ganzen Clerus zu Verbündeten hat, folglich daß diese Opposition

eine solche geworden ist, die trotz aller Artikel der Wiener Journale nicht vollständig wegdisputirt werden kann.

Wenn nun auch die vorher beschriebene Opposition eine in's Gewicht fallende geworden, so liegt darin doch noch lange nicht der Beweis, daß sie so stark ist als die ihr gegenüberstehende Opposition, weder allein noch im Bündniß mit den Mächten, die ihr heute bereits ihre Kraft leihen oder die sie ihr noch zu Gebote stellen dürften. Um dies zu beweisen, betrachten wir die tschechische Opposition zuerst mit ihren beiden jetzigen Bundesgenossen, dem Clerus und den Feudalen, dann in ihren Beziehungen zu den Polen, Slowenen und den Slawen der anderen Reichshälfte, drittens in ihrer Stellung im Fall eines Krieges der österreichisch-ungarischen Monarchie mit einer auswärtigen Macht.

Kein Bündniß, selbst das russische nicht ausgenommen, hat der tschechischen Opposition eine so harte Beurtheilung eingetragen, als die Alliance, welche die Führer der Nation mit dem Clerus, der für seine Unterstützung der tschechischen Sache der Hülfe für das Concordat sicher war, einzugehen für gut befanden. Offenherzig gesprochen, kann man diesen Vorwurf nicht gerechtfertigt nennen. Es ist wahr, daß keine Nation im vielgliederigen Oesterreich der Sache der Kirche so vollständig extrem gegenübergestanden und, wie es die Jungtschechen beweisen, täglich noch gegenübersteht, als die tschechische; keine Partei aber ist verpflichtet, ein politisches Manöver, das ihr den Erfolg verspricht, deshalb vorübergehen zu lassen, weil sie es mit Bundesgenossen ausführen muß, die sonst nicht die ihrigen sind. Als etwas Anderes

aber als ein politisches Manöver können wir das Bündniß der Tschechen mit dem Clerus nicht ansehen, als ein Manöver, bei dem die beiden Betheiligten recht wohl wissen, daß es nur der gemeinsame Vortheil ist, der sie zusammengeführt, der sie zusammenhält.

Nirgend hat die Initiative gegen das Concordat größere Freude erregt, nirgend ist sie froher begrüßt worden als bei den Tschechen; man hielt es aber für gegeben, diese Freude zu verbergen und sie erst in einer Zeit zum Ausdruck zu bringen, wo man des Bundesgenossen nicht mehr bedurfte; einer factischen Unterstützung seiner Sache von Seiten der Tschechen kann sich der Clerus nicht rühmen.

Eben so suchten die durch gleiche Interessen und Vortheile mit dem Clerus verbündeten Feudalen eine Verstärkung bei den Tschechen gegen das ihre Standesprivilegien zu Gunsten des Staates untergrabende Regierungssystem, wofür sie wieder den Tschechen ihre Unterstützung bei den Wahlen, ihren persönlichen Einfluß bei Hof, ihre Mittel und Verbindungen zu Gebote stellten, eben so wohl bewußt, daß die Tschechen sie sitzen lassen, wenn sie ihrer nicht mehr bedürfen, wie die Tschechen darauf gefaßt sind, im Nichtbenöthigungsfall von ihnen im Stich gelassen zu werden.

Man könnte die Tripelallianz der Tschechen mit den Feudalen und Clericalen eine Opportunitätsalliance nennen, der man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen darf; die Gerechtigkeit aber verlangt es einzugestehen, daß, wollte man die Tschechen deshalb ein „Volk von Pfaffenknechten und Dienern der Feudalen" nennen, man ihnen damit ein

entschiedenes Unrecht zufügte. Praktischer wäre es wohl gewesen und die Annäherung leichter zu bewirken, wenn die Tschechen den volkswirthschaftlichen und freiheitlichen Fragen gegenüber eine andere Stellung eingenommen, wie dies die sogenannten Jungtschechen thatsächlich gethan; die Erbitterung wäre dann nie so tief und festwurzelnd geworden als sie es heute factisch ist, die Spaltung nie eine solche, wie sie jetzt in Wahrheit besteht.

Das Bündniß der Tschechen mit den Feudalen und Clericalen wäre von weittragender Bedeutung im Fall eines vom Hofe ausgehenden Staatsstreiches, der gegen die Verfassung diesseits wie jenseits der Leitha gerichtet wäre, der die ganze heutige Gestaltung des Reiches in Frage stellte.

Abgesehen von den äußeren Gründen, wie die drohende deutsch-magyarische Opposition, die sofort entstände, wie die Panique, die über Oesterreichs Finanzen von allen Börsen Europa's hereinbräche, bürgt gegen eine solche Möglichkeit der treu bewährte constitutionelle Sinn des Monarchen, der eben so die klare Erkenntniß der Lage erfaßt, wie er bewiesen hat, daß er der einmal übernommenen constitutionellen Pflichten unerschütterlich treu eingedenk ist. Die böhmische Opposition wird durch die beiden Bundesgenossen, die sie errungen, im Stande sein, eine fortwährende Beunruhigung der niederen Massen in den noch ungebildeteren Ländern zu erhalten und ein permanentes Intriguenspiel durchzuführen, wie bei den Landtagswahlen in Böhmen die ältesten Adelsgeschlechter auf ihren Listen zu nennen, ein Majorisiren der

Verfassungspartei, einen Sturz des Systems erreicht sie auf diesem Wege nicht, während sie einen großen Theil ihrer kleinen oft versteckten Erfolge durch die Sympathien, die sie in den Augen Europa's durch dieses Bündniß verliert, neutralisirt.

Eine Initiative des Clerus, welche alle Rechte des Staates in Frage stellte, welche den Sturz des heutigen Systems hervorbrächte, kann an die Stelle desselben Nichts setzen als — das Chaos, weiter ließe Europa, so merkwürdig dieser Ausspruch klingen mag, es nicht kommen. Um dies zu erreichen, fehlen dem Clerus zwei Dinge, erstens der Wille, zweitens die Macht. Der Clerus ist im eigenen Interesse nicht verblendet genug, um eine Bewegung zu entfesseln, die er in's Rollen bringen, die er aber nicht aufzuhalten vermag; der Clerus will vielleicht — wir sagen vielleicht – einen Staat, der zu schwach, um selbständig zu sein, von ihm regirt wird, aber er will nicht einen Staat, der so schwach wäre, um zu zerfallen, um eine Beute des Auslandes zu werden und damit seine eigene Existenz wenigstens in dominirender Stellung unmöglich zu machen.

Aber selbst den Willen angenommen, so fehlt dem Clerus zur Aufführung eines Staatsgebäudes, das seine Herrschaft als oberstes Regierungsprincip, basirt auf der Indolenz und Unbildung der Massen, aufstellte, die Macht, denn gegen eine solche Hierarchie würde sich die Intelligenz der ganzen Monarchie, die tschechische nicht ausgenommen, vereinen, gegen eine solche Hierarchie würde die ganze öffentliche Meinung Europa's Front machen. Ein solches Ge-

bilde ist ein Unding, ein ebenso großes Unding in dem Fall, daß der Clerus den Feudaladel als Bundesgenossen aufnimmt.

Die Adelsfraction muß über kurz oder lang zu der Erkenntniß kommen, daß sie mit den Tschechen und dem Clerus höchstens das Eine erreicht, daß sie fortwährend die Existenz des Reiches in Frage stellt. Wir werden im Verlaufe unserer Arbeit zu dem Satze gelangen, daß die Aufhebung der heutigen Staatsgrundlagen der Monarchie gleichbedeutend ist mit dem Ruin des Reiches, einer Auffassung, der sich bald auch der Feudaladel nicht mehr verschließen kann. Kommt diese Ueberzeugung zum Durchbruch, so steht der jetzt oppositionelle Adel in Böhmen und Mähren vor der offenen Frage, ob er es sein will, der das Mögliche zum Sturz der Dynastie, zum Zerfall des Reiches beigetragen, ob er in kurzsichtiger Verblendung, um Sonderinteressen und Privilegien zurückzuerobern und zu erhalten, seine ganze Existenz, seine Zukunft verlieren will oder ob er sich begnügen will mit den Rechten und Vorzügen, die ihm die Wahlordnung und die Landesrechte noch immer in so reichem Maß gewähren.

Wir glauben, diese Frage ist entschieden, noch ehe sie gestellt wird; man mag dem oppositionellen böhmischen Adel schwere und harte Vorwürfe, vielleicht nicht ungerechtfertigt, machen; wer aber behaupten wollte, daß dieser Adel das Gefühl für die Dynastie, für Oesterreich verloren, wer behaupten wollte, daß die böhmischen feudalen Aristokraten lieber einem anderen Fürsten dienen als dem Regenten aus

dem Hause Habsburg, wer behaupten möchte, daß sie ihrer Sonderinteressen halber Oesterreich zu Grunde gehen lassen wollen, thut ihnen hartes und schweres Unrecht.

Und eben in diesem sicheren und naturgemäßen Satz, daß alle drei hier verbündeten Factoren der Opposition, die Tschechen, der Clerus und die Feudalen nur bis an eine gewisse Grenze können und wollen, liegt eine Garantie, daß diese Opposition nicht stark genug ist, die Monarchie und ihre heutigen Grundlagen zu zerstören, daß sie in dieser Verbindung wohl eine fortwährende Quelle der Beunruhigung, ein Hemmniß des Fortschritts und der Fortentwickelung, aber kein Grund des Ruins ist oder werden kann.

Die Verbindung, wie sie heute zwischen den Tschechen und Polen besteht, so sehr sich auch die letzteren in der jüngsten Zeit den Bestrebungen und dem Vorgehen der ersteren genähert haben, bietet gleichfalls selbst im Fall einer Vereinigung beiden Theilen nicht die Möglichkeit, an die Stelle der jetzigen Regierung und der jetzigen Gestaltung der Monarchie ihre Führer und ihr System zu stellen. Die Polen haben durch die Beschickung des Reichsrathes, durch die Anerkennung der Verfassungsgrundlagen, die sie mitgeschaffen, für alle Zeiten die Möglichkeit ausgeschlossen, sich als Todtengräber des jetzigen Regime zu geriren; sie haben in ihren Bestrebungen die Autonomie Galiziens, soweit dieselbe mit dem Bestande der diesseitigen Reichshälfte vereinbar ist, vor Augen und werden sich wohl hüten, Galizien Rußland in die Hände zu spielen, das sie bald über die Selbständigkeit, die das polnische Element eben nur

in Oesterreich haben kann, blutig belehren würde. Dann aber genügen schon die Ruthenen und die in diesem Fall mit ihnen verbündeten Deutschen und Juden Galiziens, um der polnischen Opposition ein starkes Gegengewicht entgegenzustellen, ganz abgesehen von der großen polnischen Fraction, welche treu zum jetzigen System hält. Wenn es für die Tschechen nothwendig ist, die Monarchie zu erhalten, so ist es für die Polen die erste Bedingung ihrer selbständigen Existenz; der erste erfolgreiche Angriff Rußlands gegen Oesterreich macht sie zu willenlosen Sklaven des Moskowiterreiches und bringt ihnen das Loos ihrer Brüder im einstigen Königreich Polen. Niemand aber weiß dies besser als die Polen selbst, ganz Galizien, die Lemberger Fraction ausgenommen, ist sich hierüber klar und wird nicht die Hand bieten zur Zerstörung der Monarchie. Und eben weil auch die Polen nur bis an eine gewisse Grenze wollen, sind auch sie nur bereit, die tschechische Opposition in ihrem eigensten Interesse soweit zu unterstützen, als es der Bestand der Monarchie zuläßt, deren erste Existenzbedingung untergraben ist, wenn die Deutschen und Magyaren in die Oppositionsstellung kommen, welche heute die Tschechen inne haben, wenn die Tschechen ihr unerfüllbares Programm zur Gänze ausführen.

Was nun die Slowenen anlangt, so ist der Begriff „Slowenien" so neu, so unbekannt, daß man doch gestehen muß, eine slowenische Autonomie zu schaffen, hieße die Basis eines Begriffes schaffen, der überhaupt noch nicht existirt. Von der Unterstützung dieser Slowenen können die Tschechen

wenig erwarten; eingeengt durch die Deutschen und Italiener haben die Slowenen Alles, was man ihnen gewähren kann, in der Verfassung erhalten, die freieste Vertretung ihrer Interessen.

In Böhmen und Galizien haben die Tschechen und Polen eine gegebene historische Basis, eine historische Entwickelung hinter sich, in „Slowenien" fehlt dies Alles.

Klar und deutlich zeigt es sich, daß die slawische Opposition in Cisleithanien, so lange der Monarch, was gar nicht anders angenommen werden kann, die Verfassung aufrecht erhält, weder allein noch mit ihren Bundesgenossen, dem Clerus und den Feudalen, im Stande ist, das heutige System zu stürzen, da dasselbe gleichbedeutend geworden mit dem Bestand und der Zukunft der Monarchie, weil der Opposition sowohl der Wille als die Macht fehlt, den Ruin des Reiches herbeizuführen.

Daß aber der Sturz des jetzigen Regime gleichbedeutend ist mit dem Zerfall, eine Voraussetzung, die wir schon als Beweis mehrmals angeführt, gilt es nun, ehe wir die slawische Unterstützung Transleithaniens für die diesseitige Opposition ins Auge fassen, näher zu erläutern.

Als nach dem verhängnißvollen Ausgang des letzten Krieges der jetzige Reichskanzler Graf von Beust bald nach seiner Uebernahme des Ministeriums des Aeußeren auch das Ministerpräsidium erhielt, war der Zustand des Reiches ein so desolater, das Vertrauen so tief gesunken, der Pessimismus so gestiegen, daß man der vollständigen Auflösung der Monarchie nahe zu sein glaubte. Die Sistirungsära

hatte es verstanden, sich keinen Freund zu erwerben. Die Slawen hatte sie nicht zu befriedigen vermocht, die Deutschen hatte sie zu unversöhnlichen Gegnern umgewandelt, die Magyaren standen in starrer Opposition, die Armee geschlagen, ohne Selbstvertrauen, der Staatshaushalt durch den Krieg zerrüttet, durch eine Anleihe, die ihres Gleichen sucht, der Mißcredit des Staates offen bloßgelegt, das Vertrauen des In- und Auslandes zur österreichischen Finanzlage vollständig gesunken.

Die Neugestaltung des Reiches, welche feste Grundlagen schuf, welche die Deutschen der Monarchie durch die Rückgabe der Verfassung zu treuen Stützen des Thrones umwandelte, welche die Magyaren in ihrer Majorität zu unbedingten Anhängern des Systems zu machen verstand, bewirkte es, daß trotz der harten Opfer, welche der von der Mehrheit der österreichischen Völker gebilligte, als unabweisbar erkannte Ausgleich mit Ungarn forderte, doch eine Besserung der Lage, ein Neuerwachen der österreichischen Völker eintrat, welche die Regierung mit aller Macht zu inneren Reformen auf freiheitlichen Bahnen und zu einer Besserung der Finanzlage trieben.

Und die Erfolge, welche auf allen Gebieten des staatlichen Lebens erreicht und errungen wurden, sind in Wahrheit groß und gewaltig und ein bleibender Nachruhm der Männer, welche der Kaiser in schwerer Stunde an das Ruder des Staates berufen, welche, so viel auch noch zu thun bleibt, so wenig auch erst im Verhältniß zu dem, was noch geschehen muß, geschehen ist, doch ihren Namen unauf-

lösbar mit der Neugestaltung der Monarchie verflochten haben. Die Ministerien in beiden Hälften des Reiches haben ein schweres Stück Arbeit zu vollbringen und ein schweres Stück bereits vollbracht; kann doch die Arbeit nur langsam gedeihen in einem Staat, dessen Völker jedes politische Gefühl verloren zu haben schienen, in dessen Hauptstadt man den Mangel des politischen Lebens, die vollständige geistige Apathie durch die Frivolität und die raffinirteste Vergnügungssucht zu ersetzen verstand, während in den Provinzen eine trostlose Stagnation immer mehr und mehr überhand nahm.

Ist nicht selbst die slawische Opposition, wie sie sich heute offenbart, zum großen Theil nur möglich vermittelst der durch die Verfassung geschaffenen Gesetze, das Vereins- und Versammlungsrecht? Ist nicht das rasch pulsirende politische Leben diesseits wie jenseits der Leitha trotz seiner Ausschreitungen, trotz seiner Widersprüche, besser als jene furchtbare Schwüle, die gleich einem Alp auf Oesterreich lastete?

Noch stellen sich überall Egoismus und Sonderinteressen, Kastengeist nnd Cliquenwesen, Frivolität und Cynismus dem Reformwerk entgegen, dessen innerste Kraft noch nicht durchgedrungen ist; noch werden wir vom Nationalitätenhader gespalten, von Rom verhöhnt, von widerstrebenden Elementen hin und her gerissen, aber die Basis ist gegeben, die Basis ist anerkannt vom Inland und vom Ausland und ohne eine unberechenbare Eventualität heraufzubeschwören, ohne das Reich dem Abgrund zuzuführen, ist

ein weiteres Experimentiren unmöglich geworden, da jede neue Aenderung, wie sie uns den Credit im Auslande nimmt, auch die Deutschen und Magyaren zur Opposition treibt. So sehr man über die politische Unthätigkeit, über die Energielosigkeit der Deutschen klagt und eifert, ist es doch nicht zu leugnen, daß die jetzt bestehende Staatsform sich in ihrem Denken und Fühlen einzuleben beginnt, daß sie die Erfüllung der tschechischen Forderungen in ihrer Gesammtheit ohne die Aufhebung der Verfassung, der sie geradezu widersprechen, ohne das Aufhören der freiheitlichen Reformen, die uns die Achtung des Auslandes gewonnen, für unmöglich halten.

Einer der ersten Führer der böhmischen Opposition hat vor Kurzem den Ausspruch gethan: „Die Deutschen haben von ihrem Standpunkt aus Recht, wenn sie uns keine Concession machen, denn sie riskiren nichts bei einem Zerfall der Monarchie.“

Wir müssen den Gedanken, als spekulirten die Deutschen auf den Zerfall der Monarchie, als würde auch nur diese Möglichkeit von ihnen bei ihrer heutigen Haltung in Betracht gezogen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen; die Deutschen in Oesterreich sind vor Allem Oesterreicher, aber eine gewisse Berechtigung hat dieser Ausspruch und seine Beachtung würde der Opposition große Dienste leisten. Nehmen wir den fast unmöglichen Fall an, daß dieses Oesterreich, das sich eine neue und achtunggebietende Stellung errungen, durch einen äußeren Anstoß dem Verfall preisgegeben würde, daß die Provinzen Böhmen und Mähren in andere

Hände übergingen, so wäre nur das Eine denkbar, daß das an unseren nördlichen Grenzen unter der Führung Preußens geeinigte deutsche Element sich zum Herrn dieser Länder machte. Glauben die Tschechen nun wirklich, daß trotz der Proclamationen an die „glorreiche böhmische Nation" die Zukunft, die ihnen hier bevorsteht, auch nur entfernt eine bessere wäre als die, die ihnen Oesterreich garantirt, ja daß ihnen auch nur dieselben Rechte beschieden wären, welche ihnen heute die so hart geschmähte Verfassung gewährleistet? Sollten die politisch gebildeten Führer der Nation so total verblendet sein, um zu glauben, daß jenes Preußen, welches Ost- und Westpreußen rücksichtslos germanisirte, welches die Provinz Posen in ein deutsches Land umschuf, auf Kosten von Millionen Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien ein tschechisches Reich gründen würde? Wir können ihnen mit Sicherheit so viel politischen Blick zutrauen, daß sie erkennen, daß die Tschechen die Kosten dieser Annexion bezahlen würden, was aber auch die Deutschen in diesen Ländern im Fall einer Eroberung vom Norden her ereilen möchte, Sprache und heimische Sitte würden ihnen durch den Verband mit dem großen germanischen Körper eher befestigt und gesichert als genommen werden.

Wir wollen diesen Fall nicht weiter ausmalen; es genügt, den Schluß zu ziehen, daß mehr als die Deutschen die Tschechen betroffen würden, daß deshalb die Deutschen nur so weit zu Concessionen bereit sein können als ihnen ihre eigene Selbständigkeit und Existenz gewährleistet werden, was in dem Augenblick, wo die Tschechen ihre heutigen un-

erfüllbaren Forderungen verwirklicht sehen, die nahe an die Loslösung dreier Provinzen grenzen, mehr als zweifelhaft geworden wäre.

Wir wiederholen, diese Arbeit hat den Zweck, ihr Scherflein beizutragen, um die Meinungen in Böhmen zu klären, um die Gegensätze zusammenzubringen, soweit dies eben möglich und thunlich ist; offen gilt es deshalb das „Für" und „Wider" abzuwägen und diese Rechnung ergibt zu Gunsten der Deutschen ein Uebergewicht, das die Tschechen wohl thäten zu berücksichtigen.

Man mag die böhmische Opposition betrachten von welcher Seite man will, allein, im Bunde mit den Feudalen und Clericalen, im Bunde mit den Polen und Slowenen und diese ganze Opposition vereinigt in den beiden noch zu erörternden Eventualitäten, in der Alliance mit den Slawen der jenseitigen Reichshälfte und im Fall eines Krieges, den Oesterreich-Ungarn nach irgend welcher Seite hin zu unternehmen gezwungen wäre, so ergibt sich ein unumstößliches Resultat: die böhmische Opposition bleibt eine schwere offene Wunde am Staatskörper, ein großes und furchtbares Hemmniß der Fortentwickelung, aber ein Factor, stark genug, den Ruin der Monarchie herbeizuführen, oder stark genug, um der Opposition der Magyaren und Deutschen gleichzukommen, ist sie nicht und wird sie nicht werden.

Wäre es denkbar, daß die Regierung die Slawen der Monarchie befriedigen könnte, ohne die Deutschen und Magyaren zur Opposition zu bringen, so sollte man dies lieber heute als morgen unternehmen; da jedoch die Tschechen die

Aufhebung der gegebenen Verfassung fordern, deren Sistirung zugleich die der ungarischen zur Folge haben würde, da hiermit die Basis der heutigen Gestaltung des Reiches, die Deutsche und Magyaren gleich hoch halten, die beiden Nationalitäten allein ihre Zukunft sichert, zerstört wäre, so ist diese Art der Befriedigung der Opposition ohne unberechenbare Folgen, ohne den völligen Staatsbankerott, ohne das Todesurtheil, das der ganze europäische Geldmarkt über uns aussprechen würde, eine reine Unmöglichkeit. Es ist eine viel verbreitete Ansicht, welche meint, daß, wenn die jetzige Gestaltung der Monarchie auch noch so viele Fehler und Schatten habe, man doch dieselbe ohne jede Aenderung am Ruder erhalten müsse, weil Oesterreich auch nicht mehr das geringste Experiment zu ertragen im Stande sei. Nun, wir glauben, so schwach ist die Monarchie noch nicht, daß, um Millionen Unterthanen zu gewinnen, nicht im Wege des Einverständnisses Concessionen gemacht werden könnten, das aber ist sicher, daß eine gänzliche Aenderung der jetzigen Basis den Einsturz alles Bestehenden, den offenbaren Zerfall mit sich führt.

Die vielleicht mögliche Unterstützung der Tschechen durch die Slawen der andern Reichshälfte würde kaum im Stande sein, die böhmische Opposition der diesseitigen Regierung gegenüber zu stärken. Der von den Magyaren mit Kroatien eingegangene „Ausgleich", so viele Gegner derselbe auch auf beiden Seiten finden mag, hat doch eine Basis geschaffen, auf welcher ein modus vivendi zwischen den transleithanischen Slawen und den Magyaren vereinbart wurde, der sich

in seinen Folgen durch Schaffung eines immer besseren Einvernehmens, einer größeren Solidarität der Interessen immer stärker und stärker geltend machen wird. Dazu kömmt, daß das ganze slawische Element der Länder der Stephanskrone, kaum die Kroaten ausgenommen, in seiner Culturentwickelung und in seiner politischen Bildung noch lange nicht den Grad erreicht hat, auf welchem eine nachhaltige Opposition gegen das regierende System und dessen Magyarisirungsgelüste anzuhoffen und durchzuführen wäre.

Um wie viel weniger können diese slawischen Stämme, welche täglich mehr und mehr von den Magyaren und deren rücksichtsloser Initiative zurückgedrängt werden, jene Stämme, welche kaum im Stande sind, ihre eigene Existenz zu vertheidigen, eine Stütze und nachhaltige Hilfe sein für eine außerhalb ihrer Grenzen bestehende Opposition.

Alle Parteien der am Ruder befindlichen Magyaren, soweit dieselben in anderen Fragen auseinander gehen, sind in ihrer Politik den Slawen gegenüber einig. Abgesehen von jenen durch augenblickliche Zwangslagen herbeigeführten Situationen, in welchen bald die Deakpartei, bald die Linke, bald die äußerste Linke des ungarischen Reichstags sich gezwungen sieht, mit den Slawen zu coquettiren, um sich deren Unterstützung für den Augenblick zu sichern, einigen sich alle Parteien in dem festen Entschluß, den Slawen nicht mehr zu concediren, als es durch den mit Kroatien geschaffenen „Ausgleich“ geschehen ist, und man kann sicher behaupten, daß die Magyaren, welche bewiesen haben, daß sie stark

genug sind, um die slawische Opposition in Ungarn eine gewisse Grenze nicht überschreiten zu lassen, sich jedem Versuch, der die Slawen der diesseitigen Reichshälfte in eine dominirende Stellung bringen und so seinen Einfluß auch auf die transleithanischen Slawen äußern dürfte, mit aller Macht entgegenstemmen würden.

Wir sind keine Vertheidiger der magyarischen Vergewaltigungspolitik; wir wollen dieselben der diesseitigen Regierung und den Deutschen schon deshalb nicht empfehlen, weil die cisleithanischen Slawen ungleich stärker sind als ihre Brüder jenseits der Leitha, weil sie auf einer viel höheren Culturstufe stehen, als man es ihren Stammesgenossen in den Ländern der Stephanskrone nachrühmen kann. In Ungarn aber hat jenes rücksichtslose Magyarisiren, jene Einigkeit der am Ruder befindlichen Partei sich durch den Erfolg bewährt, und die slawische Opposition so beschränkt, daß dieselbe nicht im Stande eine nachhaltige zerstörende Wirkung auszuüben, noch viel weniger befähigt ist, das Regime zu stürzen und die Suprematie der Magyaren zu untergraben, oder gar den cisleithanischen Slawen eine nachhaltige Unterstützung zu gewähren.

Eben so wenig Aussichten, als die transleithanische Opposition, bietet den Tschechen die Möglichkeit eines Krieges der österreichisch-ungarischen Monarchie mit einer auswärtigen Macht. Das 1866 vollständig isolirte, vom Zerfall bedrohte Reich der Habsburger, das auf keine einzige seiner Nationalitäten mehr mit Sicherheit rechnen konnte, ist in

eine neue und bessere Phase in Bezug auf seine auswärtige Politik eingetreten. Statt des bittern Hasses, welcher Jahrhunderte lang zwei mächtige Reiche im Kampfe erhielt, welcher die Kräfte der österreichischen Monarchie durch eine unglückselige traditionelle Politik auf den italienischen Schlachtfeldern vergeudete und Hekatomben an Menschenleben forderte, welcher Millionen Geldes, die den österreichischen Ländern zur Aufrechthaltung unserer Machtstellung in Italien entnommen wurden, ohne Ziel und Zweck für fernliegende Interessen zu Grunde gehen ließ, ist eine politische Richtung an's Ruder gelangt, welche es verstanden hat, Italien zu versöhnen, welche aus einem unversöhnlichen Gegner wenn auch keinen Alliirten, doch einen ruhigen und zuverlässigen Nachbar geschaffen hat. Italien, von Oesterreich nicht mehr bedroht, mit seinem Einigungsproceß auf Jahre hinaus beschäftigt, ohne Interessen, welche den unsrigen zuwiderlaufen, kann nur noch die eine Politik befolgen, sich selbständig zu machen von jenen französischen und preußischen Einflüssen, die ihm seine Einigkeit errungen, ihm aber zugleich ein Abhängigkeitsverhältniß octroyirt haben, dessen es sich um jeden Preis entledigen muß. Von dieser Seite her ist die österreichisch-ungarische Monarchie, wenn nicht unberechenbare Eventualitäten eintreten, vor jedem Angriff auf Jahre hinaus geschützt, von dieser Seite her hat die slawische Opposition, die auch nicht ein einziges, den Italienern verwandtes Interesse aufweisen kann, nicht das Geringste zu hoffen.

Was die Politik Oesterreichs im Orient anbelangt, so

sind die Interessen derselben gleichbedeutend mit jenen, welche England und Frankreich hier verfolgen, die darauf hinauslaufen, es nicht dahin kommen zu lassen, daß Rußland im Orient einen dominirenden Einfluß gewinnt.

Jenem Prinz von Rumänien aber, welchen man so gern als Nagel in Oesterreichs Fleisch ansieht, dem man so gern wie seinem serbischen Nachbar eine Avanturierpolitik Oesterreich gegenüber zumuthen, und um diese zu ermöglichen, die Ausrede magyarischer Eroberungsgelüste provociren möchte, dürfte bei Betrachtung der inneren politischen und volkswirthschaftlichen Lage seines Landes, ganz abgesehen von der Türkei, welche diesem Gegner sicher gewachsen wäre, ebenso wie seinem Nachbar, eine Initiative nach Außen noch auf lange hin unmöglich sein.

Ein Kriegsfall zwischen England und Oesterreich ist für alle Zeiten gewiß so ausgeschlossen, als es ein solcher zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Frankreich ist. Es muß eine der ersten Interessen der französischen Politik sein, die österreichisch-ungarische Monarchie, welche kein einziges den Tuilerien entgegenlaufendes Ziel verfolgt, nicht schwächer werden zu lassen, als es dieselbe durch das militärische Unglück des Jahres 1866 nach Außen hin geworden ist, um nicht das Gegengewicht gegen das mit Preußen und dem norddeutschen Bund durch gleiche Ziele verbundene Rußland zu verlieren.

Dieses Rußland, im Bündniß mit dem großen germanischen Körper, der sich an unseren Grenzen gebildet, dürfte der einzige politische Factor sein, mit dem die slawische

Opposition im Falle eines Krieges rechnen kann, der ihr seine Unterstützung zu leihen gezwungen wäre.

In derselben Minute, in welcher der wenn auch nicht geradezu nothwendige so doch sehr wahrscheinliche Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen zur unausweichlichen Eventualität wird, tritt für unseren moskowitischen Nachbar die Möglichkeit ein, sich des unbequemen österreichischen Einflusses im Orient, wie des einzigen noch in Selbständigkeit existirenden polnischen Elementes in Galizien zu entledigen; man kann versichert sein, daß das Petersburger Cabinet sich im gegebenen Augenblicke mit aller Energie der Conjunctur bemächtigen wird, welche ihm eine Offensive gegen die österreichisch-ungarische Monarchie erlaubt. So lange das polnische Element in Oesterreich seine Selbständigkeit bewahrt, so lange der österreichische Einfluß im Oriente den russischen in Schach hält, so lange ist das einstige Königreich Polen eine Quelle der ewigen Unruhe für Rußland, so lange ist die Macht des Czarenreiches in ihrer äußeren Einwirkung auf die Geschicke Europa's durch das ihm entgegenstehende, von den Westmächten und Oesterreich gehaltene Bollwerk, durch die Türkei in ihrer Entwicklung gehemmt.

Es steht fest, daß der Moment des preußisch-französischen Krieges, falls er Rußlands Eisenbahnnetz vollendet findet, für das Czarenreich der günstigste Augenblick ist, um sich mit ganzer Kraft auf die österreichisch-ungarische Monarchie zu werfen. Frankreich mit allen seinen Kräften gegen Deutschland engagirt, nicht im Stande, uns einen Rückhalt zu bieten, muß uns den Kampf mit Rußland

allein überlassen. Wir halten es für möglich, daß, wenn das heutige Regime am Ruder bleibt, vielleicht die Gelegenheit vermieden wird, welche uns zum offenen Kampf mit Rußland treibt. Aber, selbst diesen Fall angenommen, würde schon die unbedingt eintretende Nothwendigkeit, von beiden Seiten Observationscorps aufzustellen, Rußland veranlassen, mit allen Kräften die Slawen Oesterreichs zum Kampfe gegen dieses aufzurufen und unter dem Banner des Panslavismus sich unter unseren eigenen Nationen Bundesgenossen zu suchen. Nehmen wir den für die österreichisch-ungarische Monarchie ungünstigsten Fall, eine Reihe von Niederlagen, welche Frankreichs militärische Macht vollständig zerschmettern, und eine so erfolgreiche russische Initiative, daß die österreichisch-ungarische Monarchie in Trümmer geht, so wird über dem Ruin dieses Reiches der letzte Act dieses Schauspiels der Krieg zwischen Deutschland und Rußlaud sein. Möglich, daß das Berliner Cabinet dem Petersburger für seine treue Hilfeleistung, für seine Bundesgenossenschaft Galizien, Lodomerien, die Bukowina cedirte, in die Slawisirung Böhmens und Mährens, in das Vorrücken des russischen Elements bis zur Moldau und Elbe kann und wird es nie und nimmer ohne Aufgeben seiner eigenen Existenzbedingungen willigen.

Der russische Koloß, als Nachbar des unter Preußen geeinigten deutschen Elements, dasselbe von allen Seiten, außer am Rhein umschließend, wäre der Ruin eines selbstständigen Deutschlands, das statt eines auf den Frieden angewiesenen Nachbarn, einen übermächtigen und eroberungs-

lustigen Staat an seiner Seite hätte. Nie und nimmer würden die Tschechen, mag Rußland dieselben auch noch so lange als Hebel und Werkzeuge gegen Oesterreich gebrauchen, ob Preußen oder Rußland der Sieger sei, aus diesem Kampfe eine Verbesserung ihrer Lage erreichen. Zerfällt die österreichische Monarchie, wird Böhmen und Mähren preußisches Eigenthum, so ist es erste Pflicht des Berliner Cabinets, rücksichtslos die Tschechen zu germanisiren, um im einst möglichen Falle gegen Rußland nicht diesem Staat einen Bundesgenossen im eigenen Land zu sichern. Nehmen wir jedoch das Eintreten der absoluten Unmöglichkeit, die Ausdehnung der russischen Herrschaft über Böhmen und Mähren, so würde auch dies den Tschechen nichts einbringen als das vollständige Aufhören ihrer Selbstständigkeit, als ihre vollständige Russificirung.

Wir haben einen Fall in's Auge gefaßt, der nach menschlicher Berechnung zu den factischen Unmöglichkeiten gehört, einen Fall, den wir nur deshalb berücksichtigten, um selbst die kühnsten Träume der Phantasie und deren Resultat für die Tschechen dem Auge vorzuführen. Es ist ein Unding, anzunehmen, daß jene neuerstandene gekräftigte österreichisch-ungarische Monarchie von ihrem moskowitischen Nachbar derart besiegt werden könnte, daß eine Auflösung erfolgt, es ist ein Unding, anzunehmen, daß Frankreich so von Deutschland geschlagen würde, daß seine Politik jeden Einfluß nach Außen verlieren müßte. Wir betrachten einen letzten durch die heutigen Ereignisse kaum zu fürchtenden Fall, einen Krieg zwischen Deutschland und der österreichisch-

ungarischen Monarchie, der ohne die Intervention und Betheiligung anderer Mächte zu Ende geführt würde. Die österreichische Politik hat seit der Neugestaltung der Monarchie die Möglichkeit einer erobernden Offensive verloren. Nie wird die jenseitige Reichshälfte einem Kriege zustimmen, der ihren Interessen fern liegt, der das Gut und Blut Ungarns für deutsche Eroberungen beanspruchen würde, nie wird die diesseitige Reichshälfte einer magyarischen Eroberungspolitik in Orient ihre Hilfe leihen. Den Fall eines Vertheidigungskrieges jedoch unsererseits und den Sieg der preußischen Waffen angenommen, so würden die der preußischen Regierung unbequemen Tschechen unter dem deutschen Scepter nichts erlangen als die der preußischen Regierung durch ein starkes hinter ihr stehendes deutsches Element ermöglichte vollständige Germanisirung Böhmens und Mährens. Wie das Jahr 1866 Oesterreich von jeder Einflußnahme auf die italienischen Verhältnisse ausgeschlossen, so hat es ihm auch für alle Zeit die Möglichkeit einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten genommen. Jene unglückliche Politik, welche die Kräfte der Monarchie für den Einfluß in Deutschland zu verwerthen suchte und hinwiederum das Mark Deutschlands für ihm fremde Interessen auszunützen trachtete, ohne nach irgend einer Seite hin sich Dank zu erwerben, hat durch das Jahr 1866 einen blutigen Abschluß gefunden. Oesterreich ist weder mehr im Stande, noch kann ihm daran gelegen sein, die sich an seinen Grenzen vollziehende deutsche Einigung zu hindern, es kann nur noch eine Politik verfolgen, die politische und volkswirthschaftliche Ent-

wickelung seiner eigenen Länder, durch deren Blüte es das, was es nach Außen verloren, zehnfach ersetzen wird. Wir können nicht wünschen, daß Rußland und Preußen sich über uns die Hand reichen, daß wir durch französische Niederlagen in die Hand der beiden nordischen Verbündeten gegeben werden; die deutsche Einigung jedoch als solche zu hindern kann nicht Ziel und Zweck einer Politik sein, deren erste Richtschnur die innere Blüte und Einigung der österreichisch-ungarischen Monarchie sein muß.

Wir glauben bewiesen zu haben, daß keine Eventualität den Tschechen eine bessere Zukunft bringen kann, als die ist, welche Ihnen die österreichisch-ungarische Monarchie gewährt, jene Monarchie, die nach dem Ausspruch ihres ersten Führers, wenn sie nicht existirte, geschaffen werden müßte. Wenn aber beide Theile ehrlich durchdrungen sind von der Ueberzeugung, daß ein Compromiß erreicht werden muß, welcher beiden Theilen ihre Existenz und ihre Einigkeit garantirt, so ist mit dieser Erkenntniß schon Vieles gewonnen und die Bahn betreten, auf der ein glücklicher Erfolg zu erreichen und anzuhoffen ist. Man muß es als ein schweres Unglück betrachten, daß die Kluft so groß geworden, daß die Führer beider Parteien, daß die Vertreter beider Nationalitäten die Fühlung verloren haben, daß der politische Verkehr zwischen ihnen so gut wie abgebrochen ist. Die Wiederherstellung dieses Verkehrs ist das erste und dringendste Bedürfniß. Man muß von deutscher Seite gerecht sein und zugestehen, daß es Sache der am Ruder befindlichen Partei, zuerst die Hand zur Annäherung und zur Versöhnung zu bieten, da die

Opposition, wenn sie die Initiative ergreift, ein Präjudiz entstehen läßt, das man ihr von vorneherein nicht zumuthen kann. An den deutschen Landtagsabgeordneten ist es, die tschechischen Repräsentanten aufzufordern, gemeinsam mit ihnen die Mittel zu berathen, mit denen die Versöhnung zu bewerkstelligen ist, um so jedenfalls das eine Ziel zu erreichen, die Tschechen zum Wiedereintritt in den Landtag zu bewegen. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß eine Commission von Vertrauensmännern beider Nationalitäten die Modalitäten bestimmen könnte, unter welchen der Wiedereintritt der oppositionellen Fraction in den böhmischen Landtag gewonnen wäre. Weisen die Tschechen die ihnen dargebotene Hand zurück, sind ihre Forderungen im Fall ihres Eintrittes in diese Commission unverrückt dieselben, welche sie heute aufstellen, opfern sie das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes unerfüllbaren Phantomen, so haben die Deutschen vor ihrem Gewissen wie in den Augen Europa's ihre Schuldigkeit gethan, und das in ihren Kräften Stehende zur Wiederherstellung des Friedens beigetragen.

Es gibt keine andere Art der Unterhandlung, als durch die legale Vertretung beider Theile der Bevölkerung, auf welche die Regierung ihren ganzen Einfluß in versöhnlicher Richtung geltend machen muß. Sollte das Resultat der Verhandlungen dieser Commission ein günstiges sein, sollte der Wiedereintritt der Tschechen in den Landtag erzielt werden, so ist es erste Pflicht der Krone, die wiedergewonnene Basis durch ihr Vorgehen zu stärken und zu kräftigen. Die Königskrönung in Prag, eine Concession, die gewiß

von mehr äußerem Werth ist als innerem, wird nicht verfehlen, alle Gefühle der loyalen Bevölkerung wachzurufen und eine Bewegung einzuleiten, welche gebieterisch eine Versöhnung fordert. Nicht an uns ist es, den Modus zu bestimmen, der den Frieden in Böhmen ermöglichen wird. Wir wiederholen, wir können keine Initiative gerechtfertigt finden, welche nicht von Repräsentanten der Bevölkerung ausgeht. Wir können keinen Erfolg aus der Thätigkeit Einzelner, und wären dieselben die Räthe der Krone, herausfinden, im Gegentheil muß man fürchten, daß bei vielleicht divergirenden Ansichten der leitenden Persönlichkeiten die Opposition sich mit der Hoffnung trägt, Concessionen zu erlangen, die man ihr nie gewähren kann. Mögen die Wahlen in Böhmen ausfallen wie sie wollen, die am Ruder befindliche Partei wird am Ruder bleiben und ihre Majorität gesichert sein. Nach diesen Wahlen aber tritt mit voller Wucht die Nothwendigkeit heran, eine Initiative zur Annäherung zu ergreifen, und wenn diese gelingt, die gewonnene Uebereinstimmung zum Nutzen beider Theile zu verwerthen. Tritt jedoch dieser Fall nicht ein, bleibt die Opposition bei ihrer heutigen Parole der vollständigen Negation alles Bestehenden, so bleibt der Regierung nichts übrig, als gestützt auf die ihr treugebliebenen Theile der Bevölkerung mit rücksichtsloser Energie den Weg des Majorisirens zu betreten.

Diese Arbeit, die wir mit den Worten des Reichskanzlers schließen: „Mögen die Einen nicht Alles gewähren, die Andern nicht Alles verweigern," soll kein Aussöhnungsprogramm enthalten. Dies zu entwickeln ist nicht Sache des

Einzelnen, sondern der legalen Vertreter der Bevölkerung, und erst, wenn deren Annäherung erfolgt, ist es möglich, einen weiteren Schritt zu thun.

Hoffen wir, daß diese Arbeit mit dazu beiträgt, dieses Ziel zu erreichen, hoffen wir, daß beide Fractionen des böhmischen Landtages im Hinblick auf die schwere Verantwortung, die sie übernommen, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich versöhnlich zu zeigen, daß beide Fractionen sich einen mögen zum Heile, zur Wohlfahrt und zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes!



Druck von Heinr. Mercy in Prag.